



Nr. 8

23. Februar 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen
[Silberbach: „Länder lassen Städte und Gemeinden finanziell ausbluten](#)

Einkommensrunde Bund und Kommunen
[Proteste in Berlin, Rostock und Frankfurt am Main](#)

Einkommensrunde Bund und Kommunen
[Quer durch Deutschland: dbb jugend kämpft für bessere Bedingungen](#)

dbb frauen
[Bundesarbeitsgericht setzt „Meilenstein für mehr Einkommensgerechtigkeit“](#)

dbb senioren
[Klitzing fordert mehr Generationengerechtigkeit](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde Bund und Kommunen

Silberbach: „Länder lassen Städte und Gemeinden finanziell ausbluten

dbb Chef Ulrich Silberbach hat Städten und Gemeinden seine Unterstützung im Kampf um eine bessere Finanzausstattung angeboten.

Vor der zweiten Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen in Potsdam sagte der dbb Bundesvorsitzende am 22. Februar 2023: „Statt gegen die eigenen Beschäftigten sollten die Kommunen lieber mit ihnen zusammen für eine bessere Finanzausstattung kämpfen.“ Man wisse zwar um die entsprechenden Sorgen der städtischen Kämmerer, aber „die Situation ist nicht die Schuld der Kolleginnen und Kollegen oder einer aus dem Ruder laufenden Einkommensentwicklung. Die Verantwortung hierfür liegt beim Bund und vor allem bei den Ländern, die die Städte und Gemeinden finanziell ausbluten.“

Silberbach bot Unterstützung durch den dbb an, „wenn die kommunalen Arbeitgebenden in diese wirklich dringend notwendige Auseinandersetzung über mehr Geld mit Bund und Ländern gehen. Dabei hätten sie uns an ihrer Seite. Aber wenn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einmal mehr die Zeche für eine verfehlte Finanzpolitik zahlen sollen, dann sind wir kampfbereit. Das haben die Warnstreiks der vergangenen Tage eindrucksvoll bewiesen.“

Die zweite Verhandlungsrunde entscheide über den weiteren Verlauf der Gespräche, erklärte Silberbach: „Bisher haben die Arbeitgebenden nicht zu erkennen gegeben, dass sie

überhaupt verstehen, worum es geht: Gerechte Bezahlung, wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen, motivierte Mitarbeitende. Dazu wollen wir nun endlich konstruktive Ideen und Angebote hören. Andernfalls ist eine Verschärfung des Konflikts und der Streiks unausweichlich.“

Hintergrund

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind insgesamt über 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Fast 1,6 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie Auszubildende (6.350 beim Bund, 56.300 bei den Kommunen), Praktikantinnen und Praktikanten sowie Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen und auch knapp 190.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter (16.885 beim Bund) sowie über 500.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen für weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes (bspw. Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung). Eine dritte Verhandlungsrunde ist für den 27./28. März 2023 in Potsdam geplant.

Einkommensrunde Bund und Kommunen

Proteste in Berlin, Rostock und Frankfurt am Main

Mehrere hundert Mitarbeitende des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Berlin, der Kommunalverwaltung in Rostock und des Frankfurter Flughafens haben am 17. Februar für höhere Einkommen demonstriert.

„Egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt, die Kolleginnen und Kollegen der unteren Einkommens- und Besoldungsgruppen haben – mindestens in Berlin – inzwischen Anspruch auf Wohngeld. Vielleicht sollten die Dienststellenleiter zusammen mit der Ernennungsurkunde gleich einen Sozialhilfeantrag überreichen“, so Ludwig Hofmann, Streikleiter und stellvertretender Bundesvorsitzender des vbob – gewerkschaft bundesbeschäftigte vor der BND-

Zentrale. So könne es nicht weitergehen. „Darum sind 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr auch gerechtfertigt. Wertschätzung muss sich auch auf dem Gehaltszettel zeigen“, betonte Hofmann.

Ob Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung, Mitarbeitermotivation oder Personalentwicklung: Mit ihrer Verweigerungshaltung in der aktuellen Einkommensrunde würden Bund und

Kommunen sich mittel- und langfristig ins eigene Fleisch schneiden. Hofmann: „Der Personalmangel wird sich in den nächsten Jahren massiv verschärfen. Gleichzeitig schwächen die Arbeitgebenden die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf dem Arbeitsmarkt. Das wird sich rächen und dann ist das Geschrei groß. Darum: Die Zeit zum Handeln ist jetzt!“

Mit einem ganztägigen Warnstreik haben auch Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern ihren Ärger über den ergebnislosen Start der Einkommensverhandlungen zum Ausdruck gebracht. Bei der zentralen Protestkundgebung in Rostock bekräftigte die stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Rita Mölders vor mehr als 100 Demonstrierenden die Forderungen nach 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr Einkommen: „Jetzt, wo es gilt, den eigenen Beschäftigten den Rücken zu stärken, fehlen Bund und Kommunen die Worte und es fehlen vor allem echte Zusagen. Wer jetzt nicht ein Angebot vorlegt, das verhandelbar ist, muss mit starken und sichtbaren Protesten und einer vehementen Streikbereitschaft der Beschäftigten rechnen.“

„Was den einen recht ist, sollte den anderen billig sein“, sagte der dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, „der Erhöhungsschritt in der Besoldung der Landräte in Mecklenburg-Vorpommern ähnelt unserer Forderung auffällig. Für uns ist das eine sehr motivierende Steilvorlage, denn die Begründung des Innenministeriums mit einer ‚besonders hohen Arbeitsbelastung‘ trifft schließlich auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu.“

Thomas Krupp, Landesvorsitzender der komba mecklenburg-vorpommern, betonte die Bedeutung der Einkommensrunde gerade für die Kommunen: „Wenn der öffentliche Dienst das

Rückgrat unseres Staates ist, wie Bundesinnenministerin Faeser bei der dbb Jahrestagung vor einigen Wochen sagte, dann frage ich mich, ob die Arbeitgeber etwa dieses Rückgrat brechen wollen? Speziell die Arbeitsverdichtung wegen Personalnot in den Kommunen ist nicht hinnehmbar!“

Am Flughafen Frankfurt/Main haben der dbb und die komba gewerkschaft am 17. Februar zum Streik und einer Kundgebung aufgerufen. „Unsere Kolleginnen und Kollegen an den Flughäfen standen in den letzten Jahren extrem unter Druck“, erklärte Volker Geyer, dbb Vize und Fachvorstand Tarifpolitik, vor den Demonstrierenden am Frankfurter Airport. „Zuerst kamen die Corona-Pandemie und der Zusammenbruch des Flugverkehrs, dann Kurzarbeit und Notlagentarifvertrag. Die Beschäftigten mussten erhebliche Einbußen bei den Einkommen verkraften und das während einer Rekordinflation. So wie der Flugverkehr wieder auf Vor-Krisen-Niveau ist, muss sich auch das Entgelt schnell deutlich nach oben entwickeln.“

Die Tarifkonstellation an den deutschen Flughäfen ist besonders kompliziert, so der dbb Vize weiter: „Neben dem Konflikt mit Bund und Kommunen sind heute auch die Kolleginnen und Kollegen der Luftsicherheit im Streik. Seit Anfang 2020 verhandeln wir hier über Zeitzuschläge, aber die Arbeitgebenden mauern. Die Beschäftigten arbeiten regelmäßig zu ungünstigen Zeiten. Ob Nachtarbeit, Arbeit an Feiertagen oder Mehrarbeit: Die hohe Flexibilität der Kolleginnen und Kollegen muss in Zukunft besser bezahlt werden.“ Die Stimmung an den Flughäfen sei inzwischen miserabel, betonte Geyer, die Nachwuchsgewinnung gefährdet: „Schluss mit der Blockadehaltung der Arbeitgebenden. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten nächste Woche in Potsdam ein faires Angebot!“

Einkommensrunde Bund und Kommunen

Quer durch Deutschland: dbb jugend kämpft für bessere Bedingungen

Quer durch die Bundesrepublik hat auch die dbb jugend bei Mahnwachen und Demonstrationen auf die Belange der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht.

Matthäus Fandrejewski, der Vorsitzende der dbb jugend, sagte anlässlich des bundesweiten Aktionstags der gewerkschaftlichen Jugendorganisation am 21. Februar 2023: „Wir haben heute vor der nächsten Verhandlungs-

runde mit Bund und Kommunen, die am Mittwoch beginnt, unseren Standpunkt noch einmal flächendeckend laut und deutlich klargestellt: Es muss ein Abschluss her, der die Sorgen und Nöte der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausreichend berücksichtigt,

indem ihnen ein inflations- und leistungsge-
rechtes Einkommensplus zugesichert wird.“

In zahlreichen Städten versammelten sich Mit-
glieder der dbb jugend Landesverbände und
Fachgewerkschaften, um die Forderungen der
dbb jugend in der laufenden Tarifrunde zu un-
terstreichen. Bei einer Mahnwache vor dem
Bundesministerium des Innern und für Heimat
in Berlin machte William Bobach, Bundesju-
gendleiter der JUNGEN POLIZEI, seinem Un-
mut Luft: „Wir sind die innere Sicherheit. Hän-
deschütteln und applaudieren reicht nicht
mehr. Jetzt muss die Bundesinnenministerin
auch Taten sprechen lassen.“ Janna Melzer,
Vorsitzende der dbb jugend Hessen, stellte vor
dem Sitz des Verbands der kommunalen Ar-
beitgeber (VKA) in Frankfurt am Main klar:
„Wenn Bund und Kommunen Nachwuchskräfte
gewinnen wollen, müssen sie Auszubildende
fair bezahlen und unbefristet übernehmen!“ In
München fand der Vorsitzende der dbb jugend
bayern, Dominik Konther, klare Worte: „Der öf-
fentliche Dienst muss von Anfang an konkur-
renzfähig gegenüber der freien Wirtschaft sein.
Deswegen brauchen unsere künftigen Nach-
wuchskräfte eine wirkungsvolle Starthilfe von
mindestens 200 Euro plus. Das muss uns die
Zukunft des öffentlichen Dienstes wert sein!“
Johanna Zeller, Vorsitzende der dbb jugend
baden-württemberg, erklärte in Stuttgart.
„Warme Worte reichen nicht! Wir brauchen

jetzt ein Zeichen für die Jugend.“ In Kiel for-
derte der Landesjugendleiter der dbb jugend
schleswig holstein, Simon Gurinskaite, explizit
die unbefristete Übernahme von Azubis, die
ihre Prüfung bestanden haben: „Alle reden
vom Fachkräftemangel. Aber wer heutzutage
guten Nachwuchs und zukünftige Fachkräfte
bekommen möchte, wird um die unbefristete
Übernahme nicht herumkommen.“ In Rostock
erklärte Timon Matzik, Vorsitzender der dbb ju-
gend mecklenburg-vorpommern: „Der öffentli-
che Dienst benötigt dringend jungen und moti-
vierten Nachwuchs. Dieser kommt nur, wenn
die Zukunftsperspektiven gesichert sind und
die Attraktivität des öffentlichen Dienstes wie-
der gesteigert wird.“

Zuvor waren am 18. Februar bereits Mitglieder
der dbb jugend rheinland-pfalz in Koblenz zu-
sammen. „Nachwuchs gewinnen wir im öffentli-
chen Dienst nur, wenn die Zukunftsperspekti-
ven gesichert sind, und Sicherheit erhalten wir,
wenn endlich die unbefristete Übernahme im
TVöD festgeschrieben wird“, betonte der dbbj
r-p Vorsitzende Florian Neumann. Am Rande
eines Warnstreiks in Salzgitter am 20. Februar
warnte der Landesjugendleiter der dbb jugend
niedersachsen, Sebastian Scherbinski: „Wir
brauchen gute Bedingungen für die Beschäftig-
ten des öffentlichen Dienstes, damit wir beim
Kampf um die besten Köpfe nicht gegen die
Wirtschaft verlieren.“

dbb frauen

Bundesarbeitsgericht setzt „Meilenstein für mehr Einkommensgerechtigkeit“

Als „Meilenstein für mehr Einkommensgerechtigkeit“ hat dbb frauen Chefin Milanie Kreutz am 17. Februar 2023 die Entscheidung des BAG zu Verdienstunterschieden zwischen Frauen und Männern begrüßt.

Der Achte Senat des Bundesarbeitsgerichts
(BAG) entschied am Vortag, dass Arbeitge-
bende Verdienstunterschiede von Frauen und
Männern nicht mit deren unterschiedlichem
Verhandlungsgeschick begründen könnten (8
AZR 450/21). Er sprach einer Dresdnerin eine
Gehaltsnachzahlung von 14.500 Euro und eine
Entschädigung von 2.000 Euro zu. Ihr Arbeit-
geber habe die Klägerin aufgrund ihres Ge-
schlechts benachteiligt, hieß es in der Ent-
scheidung. Wenn Frauen und Männer wie im
verhandelten Fall bei gleicher Arbeit un-
terschiedlich bezahlt werden – konkret ging es
bei gleichen Verantwortlichkeiten und Befug-
nissen um einen Unterschied beim Grundgeh-
alt von 1.000 Euro monatlich in der Probezeit

und später noch rund 500 Euro monatlich –,
begründe das die Vermutung der Benachteili-
gung wegen des Geschlechts. Diese Vermu-
tung könnten Arbeitgeber nicht mit dem Argu-
ment widerlegen, der Mann habe besser ver-
handelt oder er sei perspektivisch für einen
Leitungsjob vorgesehen, so der Senat. Die
Bundesrichter kippten mit dem Urteil Entschei-
dungen der Vorinstanzen in Sachsen in großen
Teilen.

„‘Schlecht verhandelt‘ ist eben keine Antwort
auf das Diskriminierungsverbot wegen des Ge-
schlechts“, sagte Milanie Kreutz, Vorsitzende
der dbb bundesfrauenvertretung, mit Blick auf
die Entscheidung der Erfurter Richterinnen und

Richter. „Das BAG hat mit der Entscheidung für die Diplomkauffrau aus Dresden einen Meilenstein für mehr Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern gesetzt und klargestellt, dass Equal Pay durch das Gleichbehandlungsgesetz, das Entgelttransparenzgesetz und das Grundgesetz ein nicht verhandelbares Grundrecht ist. Nur objektive und geschlechtsneutrale Gründe wie Qualifikation oder Berufserfahrung können bei gleicher Tätigkeit eine unterschiedliche Bezahlung rechtfertigen“, betonte Kreuzt, die auch stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb ist. „Dem Mut und dem Durchhaltevermögen der Klägerin ist größte Anerkennung dafür zu zollen, dass sie den langwierigen Weg durch alle Instanzen unbeirrt beschritten hat, um für ihr Recht auf gleiche Bezahlung zu kämpfen“, so Kreuzt. Die BAG-Entscheidung zu Entgeltdiskriminierung und dem Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz werde nun eine hohe Relevanz

für die Berufspraxis entfalten, zeigte sie sich überzeugt.

Laut Statistischem Bundesamt erhielten Frauen 2022 durchschnittlich einen Bruttostundenverdienst von 20,05 Euro – Männer von 24,36 Euro. Nur einen Teil der Lohnlücke erklärt das Statistikamt mit höheren Teilzeitquoten und geringeren Gehältern in frauentypischen Berufen. „Equal Pay liegt in Deutschland noch in weiter Ferne“, kritisierte Kreuzt, das Entgelttransparenzgesetz, das seit 2017 eigentlich für mehr Gleichheit sorgen sollte, sei zu schwach, zumal es nur in Unternehmen ab 200 Beschäftigten Auskunftsrechte in Sachen Lohn und Gehalt vorsehe. „Wir brauchen hier noch mehr Transparenz und konkrete Rechtsfolgen für Entgeltdiskriminierungs-Tatbestände.“

dbb senioren

Klitzing fordert mehr Generationengerechtigkeit

Am 20. Februar 2023, dem Welttag der sozialen Gerechtigkeit hat Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung gemahnt: „Soziale Gerechtigkeit ist eins der Fundamente unserer Gesellschaft. Ohne sie ist friedliches Miteinander auf Dauer gar nicht möglich.“

Die dbb bundesseniorenvertretung setzt sich insbesondere für generationengerechte Alterssicherung ein. Das Risiko der Altersarmut in Deutschland steige weiter, so Klitzing. „Rente und Pension müssen heute und morgen sicher sein, auch und gerade für die, die gesellschaftliche Leistungen wie Kindererziehung oder Pflege eines Angehörigen erbracht haben. Diese Art von Arbeit darf nach Eintritt in den Ruhestand nicht in die Armut und ‚aufs Amt‘ führen. Gleichzeitig müssen wir aber auch verhindern, dass nachfolgende Generationen durch das Solidarprinzip in der Rente über Gebühr belastet werden.“

Hintergrund

2021 waren in Deutschland Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge 15,8 Prozent der

Bevölkerung von Armut bedroht, sie verfügten über weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens der Gesamtbevölkerung (2021: 1.251 Euro im Monat). Mit 19,4 Prozent lag die Armutsgefährdungsquote für Personen ab 65 Jahren über diesem Durchschnittswert.

Der Welttag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar wurde 2009 von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufen. Ziel des Tages ist es, für mehr soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Vollzeitbeschäftigung sowie für die Bekämpfung von Armut zu werben. In diesem Jahr steht er unter dem Motto „Überwindung von Hürden und Freisetzung von Chancen für soziale Gerechtigkeit“.